



# Interviews

**Datum: 21. Juni 2024**

**Armin Schuster, CDU, Innenminister von Sachsen im Gespräch mit Thielko Grieb**

**Thielko Grieb:** Am Telefon ist jetzt Armin Schuster, Innenminister im Freistaat Sachsen von der CDU. Guten Morgen, Herr Schuster!

**Armin Schuster:** Guten Morgen, Herr Grieb.

**Grieb:** Lläuft auch Ihnen die Zeit davon?

**Schuster:** Na ja. Wir sind bei der Union, ob jetzt Ministerpräsidenten, die Bundestagsfraktion oder die Landesinnenminister, seit zwei Jahren daran, eine deutliche Kurskorrektur in der Migration einzufordern. Ich habe aber den Eindruck, Herr Grieb, ich bin ja gerade auf der Innenministerkonferenz, dass die Sozialdemokraten (das konnte man vielleicht auch gestern leicht spüren) zumindest jetzt bereit sind, diese Kurskorrektur einzuleiten. Sie geht nicht schnell genug, angesichts des Drucks, den wir haben, aber ich bin jetzt noch nicht hoffnungslos, dass wir heute auch in der Innenministerkonferenz zu sehr konkreten Beschlüssen kommen. Die Union hat einen Mehr-Punkte-Plan auf den Tisch gelegt, der eine solche Kurskorrektur mutig und schnell einfordert, und es ist auch nötig. Es ist keine Zeit mehr.

**Grieb:** An welchen Stellen sehen Sie, dass die SPD-Kollegen sich in eine Richtung bewegen, die Ihnen gefällt?

**Schuster:** Sie können ja die Reihe nehmen. Die Grenzkontrollen haben wir gefordert, es hat lange gedauert, dann haben sie mitgemacht. Die Bezahlkarte haben wir gefordert, auch Sachsen, es hat lange gedauert, dann haben sie mitgemacht. Jetzt wurde gestern Abend bei der Ministerpräsidentenkonferenz zumindest mal die Drittstaatenlösung, Asylverfahren außerhalb der EU, in einen Beschlusstext gefasst. Mir ist es zwar zu lang bis Dezember, aber man spürt, dass sich etwas tut, und ich habe gestern den Eindruck gehabt, dass die Bundesinnenministerin – sie war ja bei uns – den sächsischen Vorschlag sehr ernsthaft prüft eines

Sofortabschiebeprogramms für Mehrfach- und Schwerst-Intensivstraftäter auch nach Afghanistan, Syrien, Türkei. Sachsen ist vorbereitet und hat diese Menschen, die sofort überstellungsfähig wären, und ich habe gestern das erste Mal gespürt, dass die Bundesinnenministerin da mit uns auf einer Linie ist, weil wir wollen das nicht prüfen. Wir wollen es auch nicht in vier, fünf, sechs Monaten tun, sondern in den nächsten acht Wochen.

**Grieß:** Vor der Landtagswahl? Das meinte ich mit der Zeit, die Ihnen vielleicht davonläuft.

**Schuster:** Nein, die Landtagswahl ist nicht mein Fixpunkt. Ich möchte, dass die Menschen jetzt endlich mal spüren, dass jetzt konkret gehandelt wird. Was fehlt ist eine sichtbare konkrete Handlung. Landtagswahl hin oder her. Von mir aus können es vier, sechs, acht oder auch zwölf Wochen sein, dann ist es zwei Wochen nach der Landtagswahl. Die spielt für mich jetzt keine Rolle. Eine Rolle spielt, dass die Menschen völlig die Geduld verlieren bei dem, was in diesem Land passiert, und jetzt muss schnell gehandelt werden. Jetzt muss mutig gehandelt werden und ich glaube, dass die Sozialdemokraten nach den Wahlergebnissen und Analysen auch verstanden haben, dass das wichtigste Thema Migration jetzt einfach angepackt werden muss.

**Grieß:** Welchen Weg würden Sie vorschlagen? Welcher Weg soll gegangen werden, um zum Beispiel nach Afghanistan abzuschieben? Direkte Verhandlungen mit den Taliban oder Abschiebungen in die Nachbarländer? Da ist zum Beispiel Usbekistan oder Pakistan im Gespräch.

**Schuster:** Ich hätte jetzt konkrete Ideen, aber ich würde sie ungerne hier öffentlich diskutieren. Ich würde Ihnen aber auch nicht widersprechen.

**Grieß:** Ich helfe Ihnen auch. Wenn Sie das ungerne machen, dann können wir das zusammen.

**Schuster:** Was Sie da gerade formuliert haben, das sind die Wege. Ich schließe nicht aus, mit Afghanistan zu verhandeln, weil die Bundesaußenministerin ja fähig ist, freiwillige Bundesaufnahmeprogramme mit Afghanistan zu verhandeln, die Flüge hierher zu organisieren. Wer das kann, der kann dieselben Kontakte nutzen, um Rückführung zu organisieren, und er kann dieselben Flüge benutzen. Die Flugzeuge müssen zurück nicht leer fliegen. Das wäre mit den Taliban verhandelbar. Wir machen freiwillige Aufnahme und zurück bekommt ihr Leute, die nicht mehr hier im Land sein dürfen.

Das kann man sich mit Nachbarstaaten vorstellen. Das kann ich mir sehr gut mit der Türkei vorstellen. Bei Syrien hat die Innenministerkonferenz (zumindest die Unionsseite) die Forderung, dass das Auswärtige Amt den Schutzstatus von syrischen Staatsangehörigen generell neu bewertet, ob es wirklich eine Lage ist in ganz Syrien, die diesen Schutzstatus erfordert, mit dem wir seit Jahren hier arbeiten.

**Grieß:** Nur zum Verständnis, Herr Schuster. Beim Thema Syrien geht es auch über die Nachbarländer, zum Beispiel vielleicht die Türkei?

**Schuster:** Ja und mit Syrien direkt. Das würde ich nicht ausschließen.

**Grieß:** Sie sitzen heute – das haben Sie zurecht noch mal erwähnt – mit den Innenministerinnen und Innenministern der anderen Bundesländer zusammen bei der Innenministerkonferenz. Die geht heute Abend zu Ende. Wissen wir heute Abend mehr?

**Schuster:** Ich würde eher auf heute Nachmittag tippen. Wir haben lange verhandelt gestern, sind auch noch nicht bei einer Einigung, aber ich baue jetzt mal darauf, dass die Sozialdemokraten auch durch die Ministerpräsidentenkonferenz gestern, durch die Aussagen der Bundesinnenministerin gestern Nachmittag sich bewegen. Es gibt einige Punkte. Wir wollen keinen Abschiebestopp mehr, wir wollen den Familiennachzug für subsidiär Schutzbedürftige aussetzen, das Aufnahmeprogramm Afghanistan aussetzen, außer die sind verhandlungsbereit bei Rückführungen. Und ein aus meiner Sicht dramatisch wichtiger Punkt ist, wenn Sie den Zugang begrenzen wollen: Wir müssen an der deutschen Grenze von der Drittstaatenregelung konsequent Gebrauch machen. Das heißt: Wer aus einem sicheren Drittstaat kommt, kann zurückgewiesen werden, und wer an unserer Grenze auftaucht, kommt definitiv aus einem sicheren Drittstaat. In Kurzform: Wir agieren dann nach dem Grundgesetz und nicht mehr nach Europarecht.

Das tue ich deshalb, weil ganz Europa nicht mehr Dublin einhält, und dann dürfen wir nicht als letzte so tun, als würden alle mitmachen. Wenn wir an der Grenze nicht konsequent von der Drittstaatenregelung Gebrauch machen, ...

**Grieß:** Ich verstehe! Aber, Herr Schuster, dann brauchen Sie auch Nachbarländer, die die Menschen dann wieder annehmen.

**Schuster:** Ich bin ganz sicher, dass das gleiche passieren wird wie beim Einführen der Grenzkontrollen im Oktober. Auch die Nachbarländer werden sofort ähnlich handeln. Das ist nicht mehr Schengen und das tut mir unendlich weh, aber ich habe fast das Gefühl, dass wir diese Rosskur alle zusammen mal brauchen, um uns rückzubesinnen auf das, was mal galt. Da möchte ich wieder hin.

**Grieß:** Aber das wäre ein Bruch von EU-Recht.

**Schuster:** Nein! EU-Recht wird zurzeit von allen Nachbarn gebrochen und wir sitzen hier und nehmen jedes Jahr 300, 350.000 Menschen auf. Der gesellschaftliche Zusammenhalt, die Solidarität in diesem Land schwindet. An den Wahlergebnissen sehen Sie ja, das wollen die Menschen nicht, und das ist für mich maßgeblich. Mein Chef heißt nicht Kretschmer oder Scholz; mein Chef sind die Wähler und was die wollen, das ist für mich Orientierungsmaßstab.

**Grieß:** Ich möchte noch eine weitere Frage stellen, und zwar die nach den Gerichten, denn wer abgeschoben wird, der hat ja in der Regel auch Anspruch auf ein Verfahren zum Beispiel. Deutsche Gerichte werden nicht danach urteilen, was Sie jetzt postuliert, haben als Mehrheit, die Sie wahrnehmen in den Reihen Ihrer Chefs, des Souveräns, der Menschen, sondern was die Rechtslage hergibt, und da sind wir wieder bei der europäischen Rechtsprechung zum Beispiel. Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Gerichte Ihnen folgen?

**Schuster:** Wenn die Bundesinnenministerin uns anruft und sagt, ich habe einen Flug nach Afghanistan oder Syrien oder in die Türkei und brauche jetzt die ausreisepflichtigen Straftäter, von denen Sie sprechen, Herr Schuster, liefere ich die ab morgen, von mir aus ab heute. Das heißt, wir haben Menschen, die diese Taten begangen haben, die endgültig ausreisepflichtig sind, wo alle juristischen Instanzen durchgeurteilt haben, wo es praktisch niemanden mehr gibt, der das eigentlich aufhalten kann. Und deshalb: Wir sind handlungsfähig. Es muss jetzt nur getan werden.

**Grieß:** Das sind, um das noch mal in die Relation zu rücken, Herr Schuster, einzelne Kriminelle. Das wird sehr hohe Kosten verursachen, die Leute außer Landes zu schaffen. Ist es das wert?

**Schuster:** Herr Grieß, ich bin sogar der Meinung, es ist genau das richtige, was wir tun. Das ist eine minimalinvasive Operation mit maximaler gesellschaftlicher Wirkung, weil es sind die

Menschen – ich kann es jetzt für Sachsen sagen -, ein Prozent der Asylzuwanderer, die ich habe, begehen 50 Prozent der Straftaten, die uns stören. Wenn ich dieses Problem löse, dieses eine Prozent, wird meine polizeiliche Kriminalstatistik dramatisch entlastet und, ich sage mal, der gesellschaftliche Zündstoff wird deutlich sinken.

**Grieß:** Der sächsische Ministerpräsident hat am Wochenende eine sächsische Grenzpolizei ins Gespräch gebracht nach bayerischem Vorbild. Bauen Sie die auf?

**Schuster:** Na ja. Der Prototyp läuft seit mehreren Jahren. Den intensivieren wir gerade. Der heißt derzeit bei uns „mobile Fahndungsgruppen“. Die betreiben wir zusammen mit der Bundespolizei im Grenzraum. Das hat nicht die personelle Dimension wie eine echte Grenzpolizei.

Das Konzept steht für eine Grenzpolizei. Aber ich sage es ganz deutlich: Das ist eine Prioritätenentscheidung, die so kosten- und personalintensiv ist. Dieses Konzept werden wir den neuen Koalitionären nach dem 1. 9. Auf den Tisch legen und dann erwarte ich die Entscheidung. Wenn die entscheiden, wir machen Grenzpolizei und investieren so viel, bin ich der letzte, der Nein sagt. Im Moment fahre ich meinen Prototyp. Der ist sehr erfolgreich mit bescheidenerem Umfang. Aber unser Konzept steht.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*